

## BFS-TRENDINFO

# 3/15

### Informationen für Führungskräfte der Sozialwirtschaft

#### Editorial

---

##### Gesellschaft

Islam in Deutschland: Muslime integrieren sich, Deutsche gehen auf Distanz

---

##### Bildung

Chancenspiegel: Soziale Herkunft und Wohnort entscheiden über den Bildungserfolg

---

##### Arbeitsmarkt

Fachkräftemangel: Bereits heute alarmierend

---

Viele Fachkräfte zurück in die Kinderbetreuung

---

#### Gesundheit

---

Burnout: Von der Leidenschaft, die Leiden schafft

---

Wie gesund lebt Deutschland?

---

#### Europa

Gerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung

---

#### Materialien

Hans Jürgen Krysmanski: 0,1 %. Das Imperium der Milliardäre

---

#### Impressum

---

## Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

seit Anfang des Jahres unterstützt das Land Nordrhein-Westfalen die altengerechte Quartiersentwicklung mit einem neuen Förderprogramm. Landkreise, Städte und Gemeinden in NRW, die eine Quartiersmanagerin oder einen Quartiersmanager für die altengerechte Gestaltung eines bestimmten Wohngebiets beschäftigen, können Zuschüsse in Höhe von bis zu 40.000 Euro im Jahr beantragen. Damit will die Landesregierung der Entwicklung altengerechter Wohnviertel weiteren Schub verleihen.

„Vor Ort, im Quartier benötigen wir jeweils maßgeschneiderte Konzepte, damit Menschen auch bei Unterstützungsbedarf so lange wie möglich in ihrem vertrauten Wohnumfeld leben können“, erklärte NRW-Pflegeministerin Barbara Steffens bei der Vorstellung der Fördermaßnahme in Düsseldorf. Eine solche Quartiersentwicklung könne aber nur mit Hilfe eines erfolgreich gemanagten breiten Beteiligungsprozesses gelingen. Eine Schlüsselrolle komme dabei den Kommunen zu. Diese könnten die Verantwortung für den Prozess jedoch auch auf einen gemeinnützigen Träger, z. B. aus der Freien Wohlfahrtspflege, übertragen und die Fördermittel für das Quartiersmanagement weiterleiten. Ein besonderer Schwerpunkt müsse dabei auch auf der Entlastung und Unterstützung pflegender Angehöriger liegen.

Insgesamt stellt das Land Nordrhein-Westfalen jährlich 2,1 Millionen Euro für diesen Zweck zur Verfügung. Pro Kreis oder kreisfreier Stadt können damit für drei Jahre pro Jahr bis zu 40.000 Euro beantragt werden, die in einem zu benennenden Quartier für Personal- und Sachkosten sowie teilhabeorientierte Maßnahmen wie beispielsweise Informationsveranstaltungen bestimmt sind. Bei den Personalkosten deckt diese Förderung bis zu 50 Prozent der Gesamtkosten ab.

Unter „Quartier“ wird dabei der Ort verstanden, der in den jeweiligen Kommunen von den Menschen als „ihr Quartier“ empfunden wird, also der persönlich-räumliche Bezugsrahmen, in dem sie ihre sozialen Kontakte pflegen und ihr tägliches Leben gestalten. Das kann ein Stadtviertel, ein Dorf oder im dünn besiedelten ländlichen Bereich auch ein Gebiet mit mehreren kleinen Siedlungen sein.

Im Rahmen des „Masterplan altengerechte Quartiere.NRW“ bietet das Land Kommunen außerdem Unterstützung durch das „Landesbüro altengerechte Quartiere.NRW“ mit Sitz in Bochum an. Neben individueller Beratung können die Kommunen auch mit Hilfe eines modularen Baukastens Möglichkeiten zur Analyse und Umsetzung eines solchen Prozesses erhalten.

Bis 2050 sagen Prognosen für Nordrhein-Westfalen eine Zunahme der Zahl der über 65-Jährigen von 3,6 Millionen auf 4,9 Millionen voraus. Dabei wird sich der Anteil der über 80-Jährigen von 0,9 Millionen auf 2,2 Millionen

mehr als verdoppeln. Zugleich wird die NRW-Gesamtbevölkerung um 2,2 Millionen Menschen abnehmen. Rund ein Drittel der Bevölkerung wird dann über 65 Jahre alt sein; derzeit ist es etwa ein Fünftel.

Mit dem neuen Landespflegegesetz (GEPa), das seit Januar 2015 in Kraft ist, setzt die nordrhein-westfälische Landesregierung auf die Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung altengerechter Quartiere, Wohnviertel und Dörfer. Damit will sie bewusst einen Ausbau der ambulanten Strukturen bewirken und nicht die Errichtung von zusätzlichen neuen Pflegeheimen.

Weitere Informationen zum Förderangebot in NRW und das Antragsformular gibt es unter [www.aq-nrw.de](http://www.aq-nrw.de). Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Ihre Redaktion

## Gesellschaft

# Islam in Deutschland: Muslime integrieren sich, Deutsche gehen auf Distanz

Dschihad in Syrien und im Irak, Terrorattacken in Paris, Pegida und kein Ende: Noch nie wurde so hitzig um die Rolle des Islam gestritten wie in den vergangenen Monaten. Noch kürzlich sorgte Bundeskanzlerin Merkel mit ihrer Feststellung, der Islam gehöre zu Deutschland, für Empörung. Inmitten dieser aufgewühlten Diskussion liefert eine Erhebung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung erhellende Fakten: Sie untersucht, wie Muslime in Deutschland leben und wie der Islam von der Mehrheit hierzulande wahrgenommen wird.

Die empirische Bestandsaufnahme zeichnet ein gespaltenes Bild: Während sich ein Großteil der vier Millionen Muslime hierzulande mit deutschen Werten identifizieren kann, stehen große Teile der Mehrheitsgesellschaft dem Islam und seinen Anhängern ablehnend gegenüber. „Für viele Muslime hierzulande ist Deutschland inzwischen Heimat geworden. Sie sehen sich aber mit einem Negativ-Image konfrontiert, das vermutlich durch eine Minderheit von radikalen Islamisten – weniger als ein Prozent aller Muslime – geprägt wird“, sagte Yasemin El-Menour, Islam-Expertin der Stiftung.

## Zur Datenbasis

Die vorliegende „Sonderauswertung Islam“ der Bertelsmann Stiftung ist Teil des „Religionsmonitor“, der auf repräsentativen internationalen Bevölkerungsumfragen basiert (14.000 Befragte aus 13 Ländern). Autoren der „Sonderauswertung“ sind

Prof. Dirk Halmund Dr. Martina Sauer vom Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI), Prof. Kai Hafez und Sabrina Schmidt von der Universität Erfurt sowie Prof. Richard Traunmüller (Universität Frankfurt). Die Wissenschaftler nutzten die Daten des „Religionsmonitor 2013“. Um sie mit dem aktuellen Meinungsbild der Bundesbürger vergleichen zu können, befragte das Forschungsinstitut TNS Emnid im November 2014 erneut die Einstellungen der nichtmuslimischen Bevölkerung zum Islam.

## Die wichtigsten Studienergebnisse im Überblick

- **Muslime in Deutschland sind mit Staat und Gesellschaft eng verbunden – unabhängig von der Intensität ihres Glaubens.**

Das drückt sich gemäß der Studie sowohl in der hohen Zustimmung der befragten Muslime zu hiesigen gesellschaftlichen Grundwerten aus als auch in ihren umfangreichen Kontakten zu Nichtmuslimen. 90 Prozent der hochreligiösen sunnitischen Muslime bejahen die Demokratie als gute Regierungsform, 93 Prozent finden, man solle allen Religionen gegenüber offen sein. 90 Prozent der Muslime haben regelmäßige Freizeitkontakte zu Menschen anderer Religionszugehörigkeit; nur acht Prozent bewegen sich in einem rein muslimischen Netzwerk.

- **Das Leben als religiöse Minderheit prägt religiöse Orientierungen und Werthaltungen der Muslime hierzulande. Sie denken öfter über Glaubensfragen nach und sind insgesamt liberaler als Muslime in der Türkei.**

63 Prozent der Muslime in Deutschland, die sich als „ziemlich“ oder „sehr religiös“ bezeichnen, überprüfen regelmäßig ihre religiöse Einstellung. Einer Heirat unter homosexuellen Paaren stimmen 58 Prozent von ihnen zu. Zum Vergleich: In der Türkei, aus der die meisten Muslime hierzulande stammen, geben nur 36 Prozent der hochreligiösen Muslime an, ihren Glauben regelmäßig zu überdenken. Gleichgeschlechtliche Ehen befürworten dort lediglich zwölf Prozent.

- **Der offenen Haltung vieler Muslime in Deutschland steht eine zunehmende Ablehnung der Mehrheitsbevölkerung gegenüber. Muslime hierzulande leiden unter dem negativen Image.**

57 Prozent der nichtmuslimischen Mehrheitsgesellschaft betrachten den Islam als Bedrohung. Auffallend: In Sachsen, wo kaum Muslime leben, teilen 78 Prozent der Befragten diese Sichtweise, in NRW, wo ein Drittel aller Muslime in Deutschland zu Hause ist, nur 46 Prozent. Ihr negatives Islambild übertragen viele Bürger auf Muslime: 40 Prozent der nichtmuslimischen Deutschen fühlen sich wie Fremde im eigenen Land, 24 Prozent

sind der Meinung, Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland gänzlich untersagt werden.

- **Islamfeindlichkeit ist keine gesellschaftliche Randerscheinung, sondern findet sich in der Mitte der Gesellschaft.**

Politische Einstellung, Sozialstatus und Bildungsniveau haben einen nur geringen Einfluss auf die Einstellung zum Islam. Bürger, die sich politisch links oder mitte-rechts einordnen, fühlen sich am stärksten vom Islam bedroht. Bei den Hochschulabsolventen sind es 46 Prozent, „ein Hinweis, dass es sich bei der Islamfeindlichkeit um einen salonfähigen gesellschaftlichen Trend handelt“, resümiert die Studie.

- **Regelmäßige persönliche Kontakte helfen Vorurteile gegenüber Muslimen abzubauen. Häufig aber fehlten die Gelegenheiten.**

66 Prozent der Bürger ohne Kontakt zu Muslimen empfinden den Islam als bedrohlich, 71 Prozent meinen, der Islam passe nicht in die westliche Welt. Bei Bürgern mit Kontakt sinkt der Anteil auf 43 Prozent bzw. 42 Prozent. Anders gesagt: Vorurteile können zwar durch den persönlichen Kontakt abgebaut werden; trotzdem wirkt ein negatives Islambild fort.

## Fünf Punkte für ein besseres Miteinander

Hierzulande bestehe die Gefahr einer breit durch die Bevölkerung gehenden Islam-feindlichkeit, warnt Projektmanagerin El-Menouar. Die Studie schließt mit einem Fünf-Punkte-Katalog für ein gedeihliches Zusammenleben von Nichtmuslimen und Muslimen in Deutschland.

Erstens solle der Islam mit den christlichen Konfessionen und dem Judentum hierzulande gleichgestellt werden. Eine aktive Gleichstellungspolitik könne darauf hinwirken, dass Menschen unabhängig von ihrem religiösen oder ethnischen Hintergrund gefördert würden. So hätten sich zum Beispiel anonyme Bewerbungsverfahren gegen die Diskriminierung am Arbeitsplatz bewährt.

Zweitens müsse die Ablehnung des Islam, wie sie sich auch an den Pegida-Umtrieben zeige, ernst genommen und breit diskutiert werden. Eine Verharmlosung sei kontraproduktiv. „Keinesfalls sollte man diese Debatte den Extremisten oder Populisten überlassen.“

Drittens stellten Muslime in Deutschland eine höchst heterogene Gruppe mit Wurzeln in zahlreichen Ländern und religiösen Ausrichtungen dar. Differenziertes Wissen sei eine Grundvoraussetzung zum Abbau von Vorurteilen und Ängsten in der Mehrheitsbevölkerung. Viertens bedürfe es der gezielten

Orientierung aller Bürger nicht so sehr an den Unterschieden von Religion und Herkunft, sondern eher an einer gemeinsamen Zukunft. Der Großteil der Muslime sei in Deutschland geboren und aufgewachsen; Deutschland ihre Heimat.

Fünftens sollten Begegnung und Dialog weniger dem theologische Diskurs verhaftet bleiben, als vielmehr Menschen in ihrem Alltag und in ihrer Nachbarschaft zusammenführen. Denn: „Nur wer sich gleichberechtigt im Alltag begegnet, entwickelt auch Vertrauen.“

*Die Studie „Religionsmonitor – Sonderauswertung Islam 2015“ im Auftrag der Bertelsmann Stiftung gibt es [hier](#) zum kostenlosen Download.*

## Bildung

# Chancenspiegel: Soziale Herkunft und Wohnort entscheiden über den Bildungserfolg

Der PISA-Schock ist längst verebt. Doch der Urknall des modernen Schulleistungsvergleichs (2001) hat einiges in Bewegung gesetzt. Seither wird intensiv gemessen, analysiert, verglichen und gestritten, jüngst erst wieder um den Bildungsbericht von Bund und Ländern. Doch selbst Kritiker nehmen mittlerweile Verbesserungen des deutschen Schulwesens in seinen 16 Ländervarianten wahr: Mehr Schüler haben Zugang zu einer Ganztagschule und erreichen die (Fach-) Hochschulreife; weniger Schüler brechen die Schule ab.

## Gute Noten, schlechte Noten

Das bestätigt auch der kürzlich zum dritten Mal erschienene „Chancenspiegel“, eine Studie der Bertelsmann Stiftung, die von Forschern der TU Dortmund und der Friedrich-Schiller-Universität Jena erstellt wurde. Dieser Statusbericht gibt der Schulpolitik allerdings auch schlechte Noten. „Die größte Baustelle bleibt die Chancengerechtigkeit“, bemängeln die Autoren. „Schulen in Deutschland gelingt es zu wenig, die herkunftsbedingten Benachteiligungen ihrer Schüler auszugleichen.“

Erstmals richten die Autoren den Blick über die Länderebene hinaus auch auf die Situation in den Kreisen und kreisfreien Städten. „Dabei zeigen

sich große Unterschiede zwischen den Regionen innerhalb eines Bundeslandes, die uns in ihrem Ausmaß durchaus überrascht haben.“ Bildungspolitik ist zwar vor allem Ländersache, Bildungsgerechtigkeit werde jedoch stark durch das Lernangebot vor Ort entschieden.

## Was misst die Studie, welche Daten liegen zugrunde?

Was ist ein gutes Schulsystem? Woran misst sich sein Erfolg? „Gute Schule muss chancengerecht und leistungsstark sein“, führt der Chancenspiegel aus. Vier „Gerechtigkeitsdimensionen“ definieren dieses Ziel:

- **Integrationskraft:** Steht für den Anteil der Schüler mit Förderbedarf, die entweder allgemeinbildende Schulen besuchen (Förderquote) oder in speziellen Förderschulen lernen (Exklusionsrate). Auch die Zahl der Ganztagschüler gilt als Indikator der Integrationsfähigkeit eines Schulsystems.
- **Durchlässigkeit:** Misst den Anteil der Fünftklässler, die auf das Gymnasium wechseln, den Anteil der Wiederholer und die Chance auf eine Berufsausbildung mit Hauptschulabschluss.

- **Kompetenzförderung:** Gemessen wird der Bildungsstand von Neuntklässlern in Mathematik. Es lagen allerdings nur Daten auf Länderebene vor.
- **Vergabe von Schulabschlüssen (Zertifikatvergabe):** Untersucht, wie viele Schüler Abitur machten bzw. ihre Schulzeit ohne Abschluss beendeten.

Die Studie stützt sich auf bildungsstatistische Daten aus dem Schuljahr 2012/13, auf amtliche Bundes- und Länderstatistiken, Bildungsberichte sowie Schulleistungsstudien wie PISA und IGLU.

## Jedem Bundesland sein eigenes Chancenprofil

Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern bieten in puncto Durchlässigkeit und Kompetenzförderung besonders faire Chancen. Damit nehmen einzig die beiden ostdeutschen Länder und der Stadtstaat Hamburg gleich in zwei Gerechtigkeitsdimensionen Spitzenplätze ein. Fakt ist: „Kein Land ist in allen Bereichen Spitze oder Schlusslicht.“ Jedes Bundesland weist sein ganz eigenes Chancenprofil auf. Berlin ist nur bei der Integrationskraft top, Bayern bei der Kompetenzförderung.

NRW nimmt bei der Zertifikatvergabe eine Spitzenposition ein, liegt bei der Integrationskraft im Mittelfeld und gehört bei Durchlässigkeit und Kompetenzförderung zur unteren Ländergruppe. Hier einige Schlaglichter des Chancenspiegels:

- Der Ausbau von Ganztagschulen variiert bundesweit erheblich: Berlin, Hamburg, Sachsen und Thüringen zählen im Durchschnitt 63,2 Prozent Ganztagschüler, bei Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt liegt der Mittelwert bei 17 Prozent. Die Gerechtigkeitsdimension „Integrationskraft“ zeigt überdies, dass in ostdeutschen Ländern anteilig deutlich mehr Kinder und Jugendliche als förderungsbedürftig eingestuft werden als in westdeutschen Ländern (9 bzw. 5,3 Prozent). Hinzu kommt ein länderbezogen unterschiedlicher Schüleranteil an speziellen Förderschulen, der also von der Regelschule ausgeschlossen ist.
- Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Hamburg gehören bei der Durchlässigkeit ihrer Schulsysteme zur Spitzengruppe: Dort wechseln die meisten Grundschüler eines Jahrgangs aufs Gymnasium (50,1 Prozent), hingegen u.a. in Bayern nur 39,3 Prozent.
- Um die Kompetenzförderung steht es im Süden und Osten der Republik am besten. Bei einem nationalen Mittelwert bei Mathematikkenntnissen von 500 Punkten führten u.a. Bayern, Brandenburg und Sachsen mit 523 Punkten klar vor NRW, den Stadtstaaten und dem Saarland (483 Punkte) – mit einer Differenz von einem Schuljahr!
- Die Vergabe der Hochschulreife zeigt ein West-Ost-Gefälle: Mit durchschnittlich 61,8 Prozent bieten u.a. NRW, das Saarland und Baden-Württemberg weitaus bessere Chancen auf gute Abschlüsse als Bayern, Sachsen und Sachsen-Anhalt (45 Prozent).
- Der Vergleich sowohl der Bundesländer untereinander als auch der Regionen innerhalb eines Landes zeigt zum Teil deutliche Chancen-Unterschiede. So ist die Durchlässigkeit der Schulsysteme in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg flächendeckend gut.

- Anders hingegen zum Beispiel in NRW, dem bevölkerungsreichsten Bundesland: Aachen, Münster und der Landkreis Euskirchen weisen den höchsten Anteil an Fünftklässlern auf, die auf ein Gymnasium wechseln (48,7 Prozent); den niedrigsten Anteil haben u. a. Borken, Gelsenkirchen und der Landkreis Herford (36,5 Prozent). Die durchschnittlichen Sitzenbleiber-Quoten in NRW variieren zwischen 1,9 Prozent (u.a. Bonn, Coesfeld) und 2,9 Prozent (Bochum, Märkischer Kreis). Deutlich wird die regionale Diskrepanz auch bei Absolventen ohne Hauptschulabschluss: Sie schwankt zwischen 4,1 Prozent (u.a. Bergisch Gladbach) und 7,8 Prozent (u.a. Wuppertal). Schulischer Erfolg an Rhein und Ruhr hängt also immer noch stark vom Wohnort ab.

### Fazit: Aufgaben künftiger Schulpolitik

Es gibt noch viel zu tun, lässt sich aus dem aktuellen Chancenspiegel schlussfolgern. Der Ausbau der Ganztagschulen gehe nur langsam voran, eben auf dem „deutschen Weg der kleinen Schritte“. Außerdem stagniere der Anteil der Schüler, die wegen ihres besonderen Förderbedarfs keine Regelschule besuchten – mit gravierenden Folgen: „In Förderschulen erreichen nur die wenigsten einen Hauptschulabschluss.“ Der Kompetenzerwerb hänge insgesamt stark von der sozialen Herkunft und dem Wohnort ab. „Es gelingt Schulen bundesweit immer noch zu wenig, die herkunftsbedingten

Benachteiligungen von Schülern auszugleichen.“

Die Autoren plädieren für ein verstärktes Engagement zugunsten der Chancengerechtigkeit. Dazu sei die Verständigung der Länder über gemeinsame Standards ebenso wichtig wie ein breites Bildungsangebot vor Ort. Auf dem Weg dorthin solle die Beteiligung der Kommunen an der regionalen Schulentwicklung gestärkt werden. Zu den beispielgebenden Ansätzen zählt der Chancenspiegel regionale Bildungsnetzwerke wie etwa in NRW. Aber auch der Bund sei gefragt: zum Beispiel mit finanziellem und konzeptionellem Engagement beim Ausbau guter Ganztagschulen und vorbildlicher inklusiver Schulen.

*Der Chancenspiegel ist ein gemeinsames Projekt der Bertelsmann Stiftung, des Instituts für Schulentwicklungsforschung (IFS) der TU Dortmund und des Instituts für Erziehungswissenschaft (IfE) der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Die Studie findet sich grafisch aufbereitet unter [www.chancen-spiegel.de](http://www.chancen-spiegel.de).*

## Arbeitsmarkt

# Fachkräftemangel: Bereits heute alarmierend

Gute Nachrichten für den Arbeitsmarkt? Ja, wenn man dem neuen Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung glaubt. Danach dürfte die Wirtschaft auch im laufenden Jahr brummen und mit zusätzlichen 170.000 Arbeitsplätzen für einen neuen Beschäftigungsrekord sorgen. Nein, wenn man dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW Köln) folgt: Bei näherem Hinsehen zeichnen sich im Schatten tagesaktueller Erfolgsprognosen handfeste Probleme ab.

In vielen Branchen fällt es Unternehmen heute schon schwer, geeignete Fachkräfte zu finden, resümiert die IW-Studie „Fachkräfteengpässe in Unternehmen“. Demografische Trends verschärfen die Situation sogar noch. Das arbeitgebernahe Institut berechnete erstmals, wie viele ältere Beschäftigte aus einzelnen Engpassberufen in den kommenden 15 Jahren in Rente gehen. Besonders bei Gesundheitsberufen und Berufskraftfahrern werde es dann schwer, frei werdende Jobs wieder zu besetzen.

## Die Datengrundlage

Basis für die Erfassung von Fachkräfteengpässen sind Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) zu Arbeitslosen und offenen Stellen im September 2014. Ein Engpassberuf liegt vor, wenn die gemeldeten Arbeitslosen rein rechnerisch die offenen Stellen nicht besetzen können. Da in der Regel nur etwa jede zweite offene Stelle bei der BA gemeldet wird, geht man bereits dann von einem Engpass aus, wenn es je 100 offene Stellen weniger als 200 Arbeitslose gibt.

Als „Fachkraft“ definiert die IW-Studie alle Mitarbeiter, die über eine Berufsausbildung (Fachkraft), einen höheren Fortbildungsabschluss wie Meister, Techniker oder Fachschulabschluss (Spezialist) oder einen Hochschulabschluss verfügen (Experte).

## Zentrale Studienergebnisse

### 1. In 139 von 615 Berufsbereichen herrscht ein Fachkräfteengpass.

Vor allem fehlt es in den Berufsfeldern „Gesundheit, Soziales und Bildung“ und „Bau- und Gebäudetechnik“ an qualifizierten Arbeitskräften. Beide Bereiche verzeichnen je 26 Engpassberufe. Im Gesundheits- und Sozialsektor weisen davon zwölf Berufe besonders große Knappheiten auf, in der „Bau- und Gebäudetechnik“ acht Berufe: Hier entfallen weniger als 100 Arbeitslose auf je 100 gemeldete Stellen. Insgesamt 55 Berufe fallen in diese Kategorie besonders stark ausgeprägter Engpässe.

Überdurchschnittlich viele Engpassberufe gibt es auch in den Bereichen „Energie, Elektro und Mechatronik“ (16), „Logistik und Sicherheit“ (14) sowie „Metall“ (13). Hingegen weist „Landwirtschaft und Gartenbau“ nur zwei Engpassberufe auf.

### 2. Knapp jede vierte Fachkraft arbeitet in einem Engpassberuf.

Gemäß IW-Studie arbeiten 6,7 von 23,9 Millionen Fachkräften hierzulande in einem Engpassberuf. Bei „Gesundheit, Soziales, Bildung“ sind es 1,57 Millionen – rund ein Drittel der Beschäftigten innerhalb dieses Berufsfelds, im Bereich „Maschinen und Fahrzeugtechnik“ mit 865.000 Fachkräften sogar 51 Prozent.

### 3. Der demografische Wandel verlangt Ersatzbedarf.

Zunehmend prägen die starken Geburtsjahrgänge der 1950er und 1960er Jahre die Altersstruktur der Beschäftigten. Außerdem nahm die Erwerbsquote älterer Menschen deutlich zu. 1999 waren erst 5,2 Millionen Personen ab 50 Jahren sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 2013 bereits 9,1 Millionen. Von 6,7 Millionen Fachkräften in Engpassberufen werden innerhalb der nächsten 15 Jahre 2,1 Millionen Personen den Arbeitsmarkt verlassen – hier steht Ersatzbedarf an.

### 4. Einzelne Berufe haben sehr hohen Ersatzbedarf.

In 53 Engpassberufen liegt der Anteil älterer Beschäftigter über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt von 32 Prozent. Quantitativ zeichnet sich der größte demografisch bedingte Ersatzbedarf bei Berufskraftfahrern ab (230.000 von 520.000 Personen, also 44 Prozent).

In der Gesundheits- und Krankenpflege (ohne Spezialisierung) sind 175.000 von 568.000 Fachkräften 50 Jahre und älter.

Großer Ersatzbedarf steht nach Einschätzung der IW-Wissenschaftler auch in folgenden Bereichen an: Erziehung, Sozialarbeit und Heilerziehung (51 Prozent von 21.600 Beschäftigten), Überwachung Eisenbahnverkehrsbetrieb (50 Prozent von 10.700 Fachkräften), Tiefbau (46 Prozent) und Hochschulabsolventen in der Vermessungstechnik (44 Prozent).

#### 5. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind besonders betroffen.

KMU leiden deutlich häufiger unter Problemen der Fachkräfte-Rekrutierung als große Unternehmen. Kein Wunder: In 105 Engpassberufen sind mindestens 50 Prozent der Fachkräfte in KMU beschäftigt.

#### Was schafft Abhilfe?

Fachkräfte bildeten das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Könnten vakante Stellen nicht besetzt werden, litten Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit erst einzelner Branchen, schließlich der gesamten Volkswirtschaft, stellt die IW-Studie fest. Die oberste Maxime zukunftsweisender Handlungsoptionen sei: „Um die Fachkräftebasis des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu sichern, sind möglichst alle im Inland verfügbaren Fachkräftepotenziale auszuschöpfen.“

- **Generation 50plus:** Die Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre sei geeignet, das Fachkräftepotenzial zu erhöhen: „Über eine gezielte Rekrutierung älterer Erwerbspersonen können Unternehmen eine leistungsfähige, gut ausgebildete und in der Regel sehr motivierte Gruppe an Fachkräften erschließen.“
- **Mehr Frauen:** Die Erwerbsquote von Frauen sollte durch verbesserte Bedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöht werden. „Frauen sind bestens ausgebildet und qualifiziert und bringen neue Perspektiven ins Spiel.“
- **An- und Ungelernte:** Bundesweit 4,1 Millionen Beschäftigte in Helferberufen könnten qualifiziert werden. Zwar handele es sich häufig um „lernentwöhnte Personen“. Anstatt eine mehrjährige Berufsausbildung nachzuholen, sei das Angebot berufsspezifischer Module durchaus erfolgversprechend.
- **Internationale Fachkräfte:** Hier gehe es sowohl um die quantitative Gewinnung von Fachkräften als auch um die Schaffung einer in nationaler Herkunft, Wissen und Erfahrung „bunten“ Belegschaft. Über das Portal „Make-it-in-Germany“ können Unternehmen Stellenanzeigen für internationale Fachkräfte schalten.

- **Demografiebezogene Personalpolitik:** Eine lebensphasenorientierte Arbeitsorganisation könne im Wettstreit um knappe Fachkräfte erfolgreich punkten. Eine solche Planung richte sich an familiären Verpflichtungen der Mitarbeiter, an altersbedingter Belastbarkeit, an Gesundheitsmanagement und lebenslangem Lernen aus.
- **Nachwuchsrekrutierung:** Vor allem kleinere und mittlere Unternehmen hätten durch attraktive Arbeits- und Lernbedingungen gute Chancen, ihre Nachteile gegenüber großen Unternehmen bei Bekanntheit und Vergütung zu verringern. Überdies gälte es, über den Tellerrand herkömmlicher Bewerberzielgruppen zu blicken – zum Beispiel durch die Ansprache von lernschwächeren Jugendlichen.

*Die Studie „Fachkräfteengpässe in Unternehmen“ des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) steht hier zum kostenlosen Download bereit.*

## Viele Fachkräfte zurück in die Kinderbetreuung

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich in der institutionellen Förderung frühkindlicher Erziehung einiges getan. Das lässt sich vor allem am Ausbau von Kindertageseinrichtungen hierzulande ablesen. Für

diesen Fortschritt steht das verbriefte Recht auf einen Kita-Platz: seit 1996 für Kinder ab drei Jahren, seit August 2013 für unter Dreijährige.

Seit es für jedes Kind zwischen einem und drei Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz gibt, wächst die Betreuungsquote merklich, vor allem im Westen Deutschlands. Das belegen neueste Daten des Statistischen Bundesamtes. 561.600 Kinder unter drei Jahren werden hierzulande in Einrichtungen betreut (Stichtag: 1. März 2014). In einem Drittel der Landkreise hat sich die Betreuungsquote verdoppelt. Im Zentrum der Entwicklung steht bis heute der wachsende Fachkräftebedarf im System frühkindlicher Betreuung insgesamt.

## Aktuelle Untersuchung

Eine aktuelle Studie untersucht „Die Fachkräftereserve in der Kinderbetreuung und -erziehung“. Sie entstand in Zusammenarbeit des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI). Maßgeblich für die Untersuchung sind die personellen Veränderungen im System der Kindertagesbetreuung infolge des U3-Ausbaus. Diese Veränderungen wurden im Jahr 2005 mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) in Erwartung des nahenden Rechtsanspruchs angestoßen.

Vor diesem Hintergrund untersucht die Studie die arbeitsmarktrelevante Herkunft des Fachpersonals.

Angesichts des weiterhin anstehenden Kita-Ausbaus prüfen die Autoren zudem, ob die bislang erfolgreiche Rekrutierung aus der Fachkräfte-Reserve auch künftig zur Verfügung steht. Andernfalls müssten alternative Wege der Personalgewinnung beschritten werden.

Für die Untersuchung wurden Daten der Integrierten Erwerbsbiografien des IAB ausgewertet. Zusätzlich zur angeführten Fachliteratur verweisen die Autoren auf den IAB-Kurzbericht 26/2014 „Kindertagesbetreuung in Deutschland“. Dessen Analysen beziehen sich ohne bundesländerspezifische Nuancen auf Deutschland in seiner Gesamtheit und wurden in die vorliegende Untersuchung integriert.

## Zuwachs an Beschäftigten 2006-2014

Mit rund 527.000 Kita-Beschäftigten hierzulande waren 2014 so viele Personen in der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung tätig wie nie zuvor, stellt die Studie fest. Zwischen 2006 und 2014 nahm die Beschäftigtenzahl um fast 172.000 (+ 48 Prozent) zu. Da die Beschäftigung in diesem Berufsfeld nach wie vor von Frauen dominiert wird (Frauenanteil ca. 95 %), verwendet der Forschungsbericht die weiblichen Berufsbezeichnungen. Die hier genannten Zahlen beziehen sich aber auf die Summe aus Männern und Frauen.

## **Zusammensetzung des Personals 2006-2014/15 durch...**

... Erhöhung der Ausbildungskapazitäten

Die Zahl der Absolventen für den Beruf Erzieherin nahmen im genannten Zeitraum von knapp 18.000 auf rund 28.000 jährlich zu, für den Beruf Sozialassistentin von mehr als 11.000 auf über 13.000. In allen Bundesländern wurden die Ausbildungskapazitäten ausgebaut, in Ostdeutschland sogar stark.

... Quereinstieg in die Kindertagesbetreuung

Innerhalb der geförderten Weiter- und Nachqualifizierung bildeten sich 2013 nur knapp 450 Personen zur „Staatlich anerkannten Erzieherin“ fort. Die Autoren erklären den geringen Erfolg mit den spezifischen Anforderungen der Kinderbetreuung.

... Eingliederung von arbeitslosen Fachkräften

Aufgrund der großen Nachfrage sank seit 2006 die Zahl arbeitsloser Erzieherinnen um rund 19.500 Personen – angesichts des deutlich höheren Beschäftigungswachstums nur ein kleiner Beitrag.

... Berufliche Qualifikation des Personals

Die Mehrheit der Kita-Beschäftigten hierzulande hat der Studie zufolge eine Ausbildung als Erzieherin absolviert (67 Prozent), der Anteil der Beschäftigten ohne Abschluss liegt bei unter drei Prozent.

### ... Rückkehr älterer Fachkräfte

Die Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen hat deutlich zugenommen (60 Prozent), ebenso die der 45- bis 65-Jährigen (66 Prozent). Insbesondere die ostdeutschen Länder haben einen erhöhten Anteil von Beschäftigten über 44 Jahre, dementsprechend aber auch überdurchschnittliche Zuwächse bei den unter 25-Jährigen.

### ... Aufstocken von Arbeitszeit

Der Anteil an Teilzeitbeschäftigten in der Kindertagesbetreuung ist hoch. Vom Aufstocken der Arbeitszeit wird wenig Gebrauch gemacht. In Bayern und NRW ist Teilzeit seit 2006 sogar gestiegen. In den übrigen westdeutschen Ländern hat die Vollzeitbeschäftigung leicht zugenommen, in Ostdeutschland sogar deutlich.

## Zukünftiger Fachkräftebedarf

In den vergangenen Jahren ist der Bedarf an U-3-Betreuungsplätzen weiter gestiegen: von 39 Prozent der Eltern, die das wünschten (2009), auf 42 Prozent (2013). Allerdings lag die Betreuungsquote in Westdeutschland mit 27,4 Prozent (2013: 24,2 Prozent) deutlich unter der Betreuungsquote in Ostdeutschland mit 52,0 Prozent (2013: 49,8 Prozent). Neben dem Kita-Ausbauschlägt der künftige Ersatzbedarf

füraltersbedingt ausscheidende Fachkräfte zusätzlich zu Buche. Hochrechnungen für den Zeitraum von 2014 bis 2025 setzen laut Studie einen Ersatzbedarf von mehr als 142.000 Fachkräften an.

Zunehmende elterliche Betreuungswünsche und der Ersatzbedarf „könnten jedoch einigermaßen aufgefangen werden“, wenn die aktuellen Ausbildungskapazitäten aufrechterhalten blieben. Eine verbesserte Fachkraft-Kind-Relation erfordere hingegen bis zu 80.000 zusätzliche Vollzeitstellen. Mit anderen Worten: Trotz aller Unwägbarkeiten sei abzusehen, „dass sich die dynamische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt für pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen weiter fortsetzen wird.“

## Woher kam das zusätzliche Fachpersonal?

Der enorme Zuwachs von 172.000 Fachkräften (2006-2014) wurde nicht nur durch mehr Ausbildungsabsolventen gedeckt, sondern auch durch Mitarbeiter, die älter als 45 Jahre waren.

Viele Fachkräfte nahmen eine Arbeit in der Kinderbetreuung auf, die direkt vor Stellenantritt nicht in diesem Bereich gearbeitet hatten. Das waren 2006 knapp 35.000 Fachkräfte und 2013 etwa 76.000 Personen. Unter diesen Zugängen war die Gruppe der Fachkräfte, die aus einem anderen Tätigkeitsfeld in ihren einstmals erlernten Beruf zurückkehrten, mit 35 Prozent im Jahr 2006 und mit 40 Prozent im Jahr 2013 jeweils die größte.

Bei den Zugängen aus Ausbildung lag ein ähnlicher Zuwachs vor: 2006 kamen 19 Prozent aus einer Ausbildung, 2013 waren es bereits 24 Prozent. Die übrigen Fachkräfte wechselten aus Arbeitslosigkeit und aus der Stillen Reserve in die Kinderbetreuung. Stille Reserve bedeutet, dass die Betroffenen mindestens zwei Jahre vor der neuen Beschäftigung nicht sozialversicherungspflichtig erwerbstätig und nicht arbeitslos gemeldet waren.

Weiterhin interessant: Wie viele Personen standen 2013 im Vergleich zu 2006 als Fachkräftereserve zur Verfügung? Zu dieser Reserve zählen Personen, die bereits im Kindertagesbereich tätig waren, deren Beschäftigung dort aber schon mehr als zwei Jahre zurückliegt. Das Ergebnis: Die Fachkräftereserve ist im Zeitraum 2006 bis 2013 um rund 39.000 auf etwa 75.000 Personen gesunken. „Durch den großen Personalzuwachs der letzten Jahre hat sich die Fachkräftereserve sichtbar verringert“, resümieren die Autoren. Und: „Da es immer Personen gibt, die endgültig nicht mehr in ihren Beruf zurückwechseln wollen oder können, kann die Fachkräftereserve als nahezu ausgeschöpft bezeichnet werden.“

## Fazit

Weil für die Kindertagesbetreuung ein steigender Fachkräftebedarf zu erwarten ist, stellt sich die Frage nach künftigen Rekrutierungsstrategien. Angesichts der Konkurrenz um die schrumpfende Zahl von Jugendlichen erscheint es den Autoren wenig erfolgversprechend, auf wachsende Ausbildungskapazitäten zu setzen. Stattdessen plädieren sie für eine gezielte Unterstützung von Müttern, die nach der Elternzeit ins Berufsleben zurückkehren möchten. Die vorherrschende Teilzeit begünstige die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Arbeitgeber könnten den Beruf durch zahlreiche Maßnahmen attraktiver gestalten: „Denkbar sind Verbesserungen der Beschäftigungsbedingungen, beispielsweise in Bezug auf Befristungen, Aufstiegsmöglichkeiten, Gesundheitsvorsorge und Entlohnung.“ Modelle differenzierter Aufgabenverteilung mit entsprechender Weiterqualifizierung und Vergütung böten sich ebenfalls an.

Auch Menschen mit Migrationsbiografie können bei Anerkennung vergleichbarer Abschlüsse und ggf. einer Anpassungsqualifizierung den Fachkräfteengpass entschärfen. Ähnliches gelte für die Mobilisierung von Quereinsteigern: Neue Formen zur Qualifizierung könnten den zukünftigen Fachkräftebedarf sichern helfen.

*Die Studie „Die Fachkräftereserve in der Kinderbetreuung und -erziehung. Ergebnisse für Deutschland und für die Bundesländer“ wurde vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) erstellt. Sie kann [hier](#) kostenlos heruntergeladen werden.*

*Die generelle Entwicklung in der U3 Betreuung ist Thema des Beitrags von Nurcan Karapolat in der BFS Info 3/2015 S. 16-19 ([Link](#)).*

## Gesundheit

# Burnout: Von der Leidenschaft, die Leiden schafft

Wenn Erschöpfung zum Dauerzustand wird, geht irgendwann nichts mehr: Burnout. Ausgebrannt, emotionslos, müde – Burnout gilt als Epidemie unserer Gegenwart. Die breite Diskussion, ja inflationäre Verwendung des Begriffs hat dem dahinter stehenden Leiden zwar hohe gesellschaftliche Aufmerksamkeit verschafft, stellt es aber auch unter den Verdacht, nunmehr Lamento verweichlichter Wohlstandsbürger zu sein. In dieser Sichtweise ist Burnout eine „Modekrankheit der Besserverdienenden“, wird als „Verwundetenabzeichen der Leistungsgesellschaft“ persifliert.

Demgegenüber rücken Prof. Dr. Sighard Neckel und Greta Wagner Burnout als ernstzunehmende Krankheit, als „soziales Leid der Erschöpfung“ in den Blick. In einem Aufsatz für die WSI-Mitteilungen beschreiben die beiden Gesellschaftswissenschaftler der Goethe-Universität Frankfurt das Leiden als prägende Erscheinung der Moderne, als Symptom einer auszehrenden Dynamik von Wachstum und Wettbewerb. Die mediale Präsenz von Burnout sehen sie als Chance, das Bewusstsein für die hohen psychischen Kosten zu schärfen und das Arbeitsleben menschengerechter zu gestalten.

## Mit dem Kapitalismus kam die Neurasthenie

Schon immer war dem Menschen bewusst, wie mühsam und fordernd das Leben sein kann. Aber erst das späte 19. Jahrhundert entdeckte eine besondere Form der Erschöpfung, die mit den Lebensumständen des entfesselten Industriekapitalismus aufzog, berichten Neckel und Wagner.

„Neurasthenie“ hieß die neue Krankheit. Damalige Lehrbücher beschrieben sie als chronisches Nervenleiden infolge einer beängstigenden Beschleunigung des Alltags, als gesteigerte Reizbarkeit und Überforderung.

Diese Zivilisationskrankheit ist den beiden Wissenschaftlern zufolge „Ausgangspunkt für eine neue Aufmerksamkeit für das psychische Leiden an gesellschaftlichen Verhältnissen“. In den 1970er Jahren prägte der amerikanische Psychoanalytiker Herbert Freudenberger (1926-1999) dafür den Begriff Burnout und bezog ihn auf das Ausgebranntsein von Lehrern und Angehörigen sozialer Berufe. Rastloser Einsatz, ein idealistisch motiviertes „Brennen“ für den Beruf, verbunden mit geringer sozialer Anerkennung, gelten seither als typische Wegbereiter des Burnout.

## Permanente Leistungssteigerung – um jeden Preis

Mittlerweile hat sich Burnout in der gesamten Arbeitswelt ausgebreitet. Manager, Showstars und Sportler sind ebenso betroffen wie Sachbearbeiter, Hausfrauen und Hartz-IV-Empfänger. Die Arbeitsunfähigkeitstage wegen Burnout nahmen laut Bundesverband der Betriebskrankenkassen zwischen 2004 und 2012 um das 18-fache zu, 54 Millionen Arbeitstage fielen zuletzt wegen Überlastung aus. Diese epidemische Ausbreitung gründet in einer tiefgreifenden Veränderung der kapitalistischen Arbeitswelt, argumentieren Neckel und Wagner. „Unrealistische Erwartungen an die

Belastbarkeit von Mitarbeitern sind in einer ökonomischen Kultur zur Regel geworden, die um jeden Preis auf permanente Leistungssteigerung setzt.“

## Absolut sicher: permanente Unsicherheit

Den Autoren zufolge greifen zwei vorherrschende Trends zur allgegenwärtigen Erschöpfungskrise ineinander:

Da ist zum einen die zunehmende Verschmelzung von Arbeits- und Privatleben, begleitet von starkem Wettbewerbsdruck. Arbeitsverdichtung, Beschleunigung und ständige Erreichbarkeit infolge der digitalen Kommunikation geben den Takt vor. Hohe Mobilitätsanforderungen bei unsicheren Beschäftigungsverhältnissen erhöhen den Druck auf die Organisation von Arbeits- und Familienleben.

Katalysator dieser Entwicklung ist die „Entgrenzung von Wettbewerben in allen Poren des Soziallebens“, um damit die Effektivität zu steigern – der Neoliberalismus seit den 1990er Jahren lieferte laut Neckel und Wagner das geistige Rüstzeug. Sicher ist nur die Unsicherheit: Der endlich erreichte berufliche und gesellschaftliche Status müsse ständig aufs Neue erkämpft werden, wie sich in der Realität befristeter Arbeitsverhältnisse ungeschminkt zeige. Die Konkurrenzlogik fräse sich selbst in Bereiche ein, wo sie absolut kontraproduktiv wirke, beispielhaft zu beobachten am aufwändigen Einwerben von Drittmitteln an Hochschulen und Universitäten. Wo aber der Wettbewerb mit seinem Zweck der Ressourcenvermehrung über das Ziel

hinausschieße, herrsche Kräfteverschleiß und Ressourcenvernichtung.

## Heutzutage Pflicht: das Helfersyndrom

Zum anderen setze der „subjektive Faktor“ den Menschen der Gefahr völliger Erschöpfung aus. Gemeint ist das Streben nach einer beruflichen Selbstverwirklichung, die auch ohne ausdrückliche Zielvereinbarung von zunehmender Eigenverantwortung für Ablauf und Erfolg von Arbeitsprozessen gekennzeichnet ist. Dazu gehört die Verinnerlichung von Interesse und leidenschaftlichem Engagement, die ständige Bereitschaft zu Aktivität und Selbstveränderung.

Einstige Mitarbeiter-Forderungen von Flexibilisierung und Kreativität der Arbeit sind heutzutage gezielt als Prozessoptimierung integriert. Mit verhängnisvoller Konsequenz, finden die Autoren: „Der Wunsch, sich persönliche Erfolge durch hohe Motivation und pausenlosen Einsatz zu sichern, lässt Arbeitnehmer in eine gefährliche Verknüpfung von Selbstverwirklichung und Selbstausbeutung geraten.“ Was früher als „Helfersyndrom“ verspottet wurde, werde nunmehr zur Pflicht.

## Wird der Kapitalismus aus Schaden klug?

Wo es für den Einzelnen um Burnout geht, ist guter Rat teuer – und vor allem rar. Trotz systembedingter Ursachen können nur höchst individuelle Strategien den Weg aus dem Hamsterrad weisen. Nicht zufällig lässt das Leiden an der Arbeit einen riesigen Ratgeber-Markt mit Empfehlungen zur ausgeglichenen Work-Life-Balance florieren. Neckel und Wagner sind allerdings skeptisch, ob die solchermaßen erkaufte körperliche und psychische Energiezufuhr der permanenten Überforderung in der Wettbewerbsgesellschaft wirksam vorbeugen kann.

Die Hoffnung der Autoren ruht vielmehr auf einem gesellschaftlichen Veränderungswillen, der Burnout, Depression und chronisches Müdigkeitssyndrom als Kehrseite einer systemgefährdenden Überlastung begreift. „Auch die wirtschaftliche Überschuldung, die Vernutzung endlicher Ressourcen und die Verknappung von Fürsorge und sozialer Sicherheit sind Symptome von Erschöpfungskrisen des Wachstumsregimes.“

Eine umfassende Politik der Nachhaltigkeit könne zur neuen Rechtfertigung des Kapitalismus werden. Neckel und Wagner sehen erste Anzeichen dafür, dass Unternehmen lernen,

„die knappe Ressource qualifizierter Arbeitskräfte nachhaltig zu bewirtschaften“, etwa in betrieblichen Maßnahmen zugunsten der psychischen Gesundheit. „Es sind solche Innovationen des kapitalistischen Geistes, die ihn vor seiner eigenen Erschöpfung bewahren.“

*Der Aufsatz von Sighard Neckel und Greta Wagner erschien unter dem Titel „Burn-out. Soziales Leiden an Wachstum und Wettbewerb“ in: WSI-Mitteilungen, Fachzeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, 7/2014. Der Download ist kostenpflichtig.*

## Wie gesund lebt Deutschland?

Sie hat bereits begonnen, die Fastenzeit. Die tollen Karnevalstage sind vorbei und es beginnt die Vorbereitung auf das Osterfest. Für die Redaktion Anlass, den aktuellen DKV-Report „Wie gesund lebt Deutschland 2015“ einmal näher anzuschauen. Das Zentrum für Gesundheit durch Sport und Bewegung der Deutschen Sporthochschule Köln (DSHS) hat im Auftrag der DKV die Umfrage zum individuellen Gesundheitsverhalten in Deutschland umgesetzt. Nach 2010 und 2012 erscheint dieser Report nun zum dritten Mal.

## Datengrundlage

Die DSHS führte die Befragung in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut GfK Nürnberg vom 28.02.2014 bis zum 04.04.2014 bei insgesamt 3.102 Personen über 18 Jahren durch. Grundlage waren leitfaden- und computergestützte Telefoninterviews. Wie in den Vorjahren wurden die Daten nach den Merkmalen der Haushalts- sowie Ortsgröße und Bundesland gewichtet. Mit Ausnahme von Bremen und dem Saarland wurden mindestens 200 repräsentative Interviews pro Bundesland durchgeführt. Für die Beantwortung der Frage, ob sich die Interviewpartner gesundheitsfördernd verhalten oder nicht, wurde auf Benchmarks, die auf Empfehlungen unterschiedlicher Fachgesellschaften beruhen, zurückgegriffen.

## Was ist neu am GKV-Report?

Die Befragten wurden um eine Selbsteinschätzung zu folgenden Gesundheitsbereichen gebeten: körperliche Aktivität, Ernährung, Stressempfinden und -verhalten sowie Alkohol- und Nikotinkonsum. Erstmals wurde detailliert auf das Sitzverhalten der Teilnehmer der Befragung eingegangen. So ging es beispielweise um das Sitzen während der Arbeit, des Transports, des Fernsehens, der freizeithlichen Computernutzung sowie der sonstigen Freizeit. Neu im Report ist auch eine große Eltern-Kind-Befragung. Dazu wurden 337 Eltern zu dem Gesundheitsverhalten ihrer 6-12-jährigen Kinder interviewt.

## Benchmarks für ein gesundes Leben

Die Benchmark für körperliche Aktivität liegt bei 150 Minuten moderater oder 75 Minuten intensiver körperlicher Betätigung pro Woche. Diese könne auch in 10 Minuten-Umfänge aufgeteilt werden. Im Bereich der Ernährung gehe es um ausgewogenes Essverhalten mit Obst, Gemüse, Fisch, kalziumreichen und Vollkornprodukten sowie wenig Fleisch, Süßigkeiten und Knabberereien. Genauso wichtig sind regelmäßige Mahlzeiten und ausreichend Zeit für deren Verzehr. Die Benchmark beim Rauchen ist erfüllt, wenn man Nichtraucher geworden ist. Beim Alkoholkonsum erreicht man das angestrebte Ziel, wenn man gar keinen Alkohol trinkt oder nur gelegentlich ein Glas Wein oder Bier genießt. Ein optimales Stressverhalten ist erreicht, wenn dem Stress z. B. durch Sport, Freunde treffen oder Entspannungsübungen entgegengewirkt wird und das subjektive Stressempfinden gering ist.

## Einige Ergebnisse des DKV-Reports

Mehr als die Hälfte der Befragten (57 %) schätzen ihren Gesundheitszustand als gut oder sogar sehr gut ein. 11 % von ihnen erreichen die vorgegebenen Benchmarks. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass knapp 90 % ihren Lebensstil gesünder gestalten könnten. Mit zunehmendem Alter steigt das Bewusstsein für einen gesunden Lebensstil. Dies betrifft sowohl die ausgewogene Ernährung wie auch das

Rauchverhalten. 89 % der Altersgruppe ab 66 zählen sich zu den Nichtrauchern. Das Schlusslicht beim Erreichen der Stress-Benchmarks bilden Menschen mit Adipositas.

Mit steigendem Einkommen leben die Befragten nicht automatisch gesünder. Je höher der Verdienst, desto weniger erreichen sie die Benchmarks in allen Gesundheitskategorien. Geringverdiener konsumieren am wenigsten Alkohol, rauchen jedoch am häufigsten und ernähren sich am ehesten ungesund. Im Vergleich zu den DKV-Reporten von 2010 und 2012 erkennen die Forscher, dass der Alkoholkonsum weiter gesunken ist und immer mehr Menschen um Stressabbau bemüht sind. Allerdings greifen wieder mehr Menschen zur Zigarette und neigen zu ungesünderen Ernährungsgewohnheiten.

## Risikofaktor Sitzen

Als erste Studie in Deutschland erfasst der vorliegende Report die durchschnittliche Zeit, die die Befragten im Sitzen verbringen. Demnach verbringen Deutsche sieben Stunden und mehr Zeit im Sitzen. Am längsten sitzen die 18- bis 29-Jährigen mit 536 Minuten; Menschen ab 66 Jahren sitzen mit 401 Minuten am wenigsten. Die Studie belegt, dass Kinder in einer sitzenden Gesellschaft aufwachsen und dass der Schulsport für eine gesunde Entwicklung der Kinder nicht ausreicht.

Der sitzende Lebensstil gilt als eigenständiger Gesundheits-Risikofaktor. Die Forscher weisen auf Forschungsergebnisse hin, die bestätigen, dass ein Zusammenhang zwischen langen Sitzzeiten und einer Zunahme der Sterblichkeitsrate besteht. Auch wenn eine Person 30 Minuten am Tag körperlich aktiv ist und somit die Aktivitätsempfehlungen erfüllt, trägt sie ein enormes gesundheitliches Risiko, wenn sie den restlichen Tag sitzt. Da Arbeit der zweithäufigste Grund für langes Sitzen ist, sollte über innovative und gesundheitsfördernde Arbeitsplatzkonzepte nachgedacht werden. Derzeit wird empfohlen, die Sitzzeiten am Tag alle 30 Minuten durch leichte bis intensive Bewegungen zu unterbrechen. Da wir daran interessiert sind, dass unsere Leser gesund bleiben, empfehlen wir, die BFS-Trendinfo im Stehen zu lesen. Stehen zählt bereits als leichte körperliche Aktivität!

*Die Studie, die auch Antworten darauf gibt, in welchen Bundesländern es die meisten „Sitzenbleiber“ gibt, finden Sie [hier](#).*

## Europa

# Gerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung

Im Februar wurden in Brüssel die Ergebnisse eines europaweiten Forschungsprojekts zu Gerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung („DRIVERS“) vorgestellt. Das Projekt widmete sich der Frage „Wie kann die Sozialpolitik zu einer besseren Gesundheit der Bürger beitragen?“. Es wurde vom europäischen Netzwerk „EuroHealthNet“ koordiniert und durch das 7. Forschungsrahmenprogramm der EU finanziert. Das Forschungsteam untersuchte unter der Führung von Sir Michael Marmot (Institute of Health Equity, London), Monica Aberg Ynfg (Universität Stockholm) und Johannes Siegrist (Universität Düsseldorf) drei sozioökonomischen Bereiche, welche einen gravierenden Einfluss auf die Gesundheit haben: Frühkindliche Entwicklung, Arbeitsplatzqualität und die Effizienz von Sozialsystemen. Aus ihren Erkenntnissen entwickelten die Wissenschaftler Vorschläge für politische Maßnahmen, die sich insbesondere an die Europäische Kommission richten. Bei der Projektpräsentation in Brüssel waren sowohl Mitglieder des Europäischen Parlaments als auch von der zuständigen Generaldirektion der EU-Kommission anwesend.

## Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Gesundheit

Die Ausgangspositionen der Forscher gehören mittlerweile zum Allgemeinwissen: etwa dass eine liebevolle und aufmerksame Erziehung und ein anregendes Umfeld eine positive Wirkung auf die Entwicklung eines Kindes haben. Ebenso können jedoch

Probleme in dieser Zeit schwerwiegende Auswirkungen auf die kognitive Entwicklung, auf Kommunikations- und Sprachfertigkeiten und auf soziale und emotionale Fähigkeiten des Kindes haben.

Bislang beschränkte sich die Forschung bezüglich des Zusammenhangs von sozialen Ungleichheiten und frühkindlicher Entwicklung jedoch auf wenige Länder außerhalb Europas. Wenig war hingegen über die Effekte und die Erfolge von politischen Maßnahmen und Programmen innerhalb Europas bekannt. Mit diesem Ansatzpunkt identifizierten die Forscher von DRIVERS sechs Kernaspekte mit negativem Einfluss auf die kindliche Gesundheit: Unvorteilhaftes Umfeld, geringes Einkommen der Eltern, unzureichende Elternbildung, die berufliche soziale Klasse der Eltern, hohe Berufsbelastung oder Arbeitslosigkeit der Eltern und schlechte Wohnbedingungen. Insbesondere Kinder von Müttern mit niedrigem Bildungsniveau litten später an schlechter Gesundheit, wobei es jedoch gravierende Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten gibt.

Hieraus ergeben sich Vorschläge an die Politik: Sie sollte sich generell für eine bessere Familienunterstützung, qualitativ hochwertige Elternbildung sowie Pflege und Verbesserung der Gesundheitsversorgung für Neugeborene unmittelbar vor und nach der Geburt einsetzen. Auf europäischer Ebene stehen die spezifischen Vorschläge der Forscher im Kontext der EU-Strukturfonds und des EU-Programms für Beschäftigung

und soziale Innovation (EaSI), sowie der Umsetzung der Kommissionsempfehlungen zu Investitionen in Kinder auf nationale Ebene vom Februar 2013.

## Weniger berufsbedingter Stress durch gute Arbeitsmarktpolitik

Auch der Ansatzpunkt des zweiten Forschungsbereichs, welchen die Forscher als Kernfaktor für die allgemeine Gesundheit ausmachen, gilt als unstrittig: Bisherige Forschung zeigt, dass arbeitsbedingter Stress, insbesondere durch hohe Anforderungen bei geringer Entlohnung, direkte negative Auswirkungen auf die Gesundheit und die Produktivität der arbeitenden Person hat. Dabei gilt im Allgemeinen: Je schlechter die sozioökonomische Situation ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen ausgesetzt zu sein. Die Untersuchungen im Rahmen der DRIVERS Forschungen gingen nun darüber hinaus und fassten die Arbeitsmarktpolitik in den Mitgliedstaaten ins Auge.

Die Ergebnisse zeigen einen klaren linearen Zusammenhang zwischen aktiver Arbeitsmarktpolitik, insbesondere solche zur Eingliederung von benachteiligten Gruppen in den Arbeitsmarkt, und der Arbeitsqualität. Somit belegen die Ergebnisse generell den Erfolg von guter Arbeitsmarktpolitik in Europa. Es fällt jedoch auf, dass beinahe alle Indikatoren für Arbeitsplatzqualität

ein niedrigeres Niveau in Ost- und Südeuropa aufzeigen als in nord- und westeuropäischen Ländern. Aus diesen Ergebnissen ziehen die Forscher die Schlussfolgerung, dass es einen dringenden Bedarf gibt, in gesundheitsfördernde Arbeit zu investieren. Dies betreffe alle Wirtschaftsbereiche, insbesondere jedoch die Situation von benachteiligten Gruppen in Ost- und Südeuropa.

Hieraus ergeben sich auch die Ratschläge an die politischen Entscheidungsträger: Zunächst sollten die Missstände bei der Arbeitsqualität europaweit überwacht werden. Entsprechende europäische Netzwerke und Einrichtungen seien bereits vorhanden, nicht zuletzt die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA). Zweitens muss die organisatorische Umsetzung von gesundheitsschützenden Maßnahmen gewährleistet werden, was eine intensivere Zusammenarbeit zwischen der genannten Agentur und anderen Stakeholdern wie den europäischen Arbeitnehmer- und Arbeitsgeberverbänden erfordere. Zukünftige EU-Initiativen sollten in erster Linie das Ziel haben, die großen Unterschiede bei der Arbeitsqualität zu vermindern. Konkrete Vorschläge bestehen diesbezüglich im Zusammenhang mit der Europäischen Beschäftigungsstrategie und der Investitionsoffensive der EU.

## Menschen mit niedrigem Bildungsniveau profitieren gesundheitlich von guten Sozialsystemen

Als dritten Forschungsbereich des Projekts wählten die Forscher die Effizienz von Sozialsystemen. Bei der Konferenz machten sie gleich zu Beginn ihrer Präsentation deutlich, dass ein Wohlfahrtsstaat nicht nur Sozialversicherungen, Sozialleistungen und Transferleistungen umfasse, sondern ebenso Gesundheits- und Fürsorgedienstleistungen. Sofern beides gewährleistet sei, könnten gute Sozialsysteme die wirtschaftlichen Konsequenzen von Arbeitslosigkeit und Krankheiten reduzieren. Insbesondere Menschen mit geringer Bildung und niedrigem Einkommen könnten davon profitieren. In Europa gibt es jedoch nach wie vor große Ungleichheiten bei der Aufteilung finanzieller Mittel. Dieses Ungleichgewicht führt laut den Forschern mittelfristig zu unterschiedlichen Lebensbedingungen und langfristig zu beachtlichen Unterschieden des gesundheitlichen Befindens.

Aus diesem Grund folgte das DRIVERS-Projekt der Fragestellung, wie und warum Sozialschutz mit Ungleichheiten in der Gesundheit zusammenhängt. Die Ergebnisse zeigen, dass die Deckungsrate, also der Anteil der sozialversicherten Arbeitsbevölkerung, entscheidend ist. Dabei gilt: Je höher die Deckungsrate, desto geringer ist das Risiko, dass Menschen

mit geringem Bildungsniveau gesundheitliche Probleme haben. Als Richtwert geben die Forscher eine Deckungsrate von mindestens 90 Prozent an. Ab diesem Wert könne man einen eindeutigen positiven Einfluss der Sozialsysteme auf die Gesundheit feststellen, insbesondere für geringqualifizierte Arbeitnehmer. Unter diesem Wert sei das nicht der Fall.

In diesem Kontext verweisen die Forscher auch auf Daten der OECD, welche belegen, dass Länder mit höheren Mindesteinkommen geringere Sterberaten aufweisen. Folglich lauten die politischen Empfehlungen an die Mitgliedstaaten der EU, die Deckungsrate der sozialversicherten Arbeitsbevölkerung auf mindestens 90 Prozent zu bringen. Ländern, welche bereits eine nahezu vollständige Deckungsrate haben, wird die Erhöhung der Lohnersatzquoten, also die Übernahme des Gehalts durch eine Krankenversicherung im Krankheitsfall, empfohlen. Die Empfehlungen an die EU-Kommission betreffen die Wachstumsstrategie „Europa 2020“ sowie die länderspezifischen Empfehlungen für Wachstum und Beschäftigung, welche die EU-Kommission jährlich den EU-Mitgliedsstaaten unterbreitet.

*Weitere Informationen erhalten Sie auf der [Webseite](#) von DRIVERS. Unter folgenden Links erhalten Sie Abschlussberichte der Forschungsprojekte sowie die spezifischen Empfehlungen an die EU-Kommission zu.*

## Materialien

# Hans Jürgen Krysmanski: 0,1 %. Das Imperium der Milliardäre

Frankfurt: Westend Verlag 2015, komplett überarbeitete Neuauflage, 286 Seiten, 17,99 Euro, ISBN 978-3-86489-090-1

Hans-Jürgen Krysmanski erforscht seit vielen Jahren die Reichen und die Mächtigen sowie deren nur für Ihregleichen existierende Netzwerke. Als Sachbuchautor beschäftigte er sich erstmals vor fünf Jahren in dem Buch „Hirten und Wölfe“ mit der sogenannten Macht- und Geldelite. „Die Zahl der Superreichen, die Politiker werden wollen, nimmt zu“, stellte er damals konsterniert fest. Vor zwei Jahren legte der emeritierte Soziologieprofessor der Universität Münster den Fokus erneut auf die wenigen „Superreichen“, die es weltweit gibt. Allein nur die reichsten 80 Menschen besitzen so viel wie die unteren 50 Prozent der Weltbevölkerung. Um diese Geldelite geht es dem „Reichenforscher“, wie ihn die Medien nennen, auch in der komplett überarbeiteten Neuauflage seines Buches „0,1 %. Das Imperium der Milliardäre“. Herausgekommen ist eine fundierte wissenschaftliche Streitschrift und Argumentationshilfe für Globalisierungsgegner.

### Neuauflage mit aktuellen Zahlen

Die Neuauflage aktualisiert die Datenangaben. Die Zahlen sind nach wie vor erschreckend: Dem Autor zufolge besitzen die weltweit 63.000 reichsten Menschen ein Privatvermögen, das dem Bruttoinlandsprodukt der gesamten Weltwirtschaft entspricht. Es gibt mehr Milliardäre als jemals zuvor

und die meisten kommen aus Nordamerika.

Eigentlich gilt Dagobert Duck als Amerikas reichste Ente. Der Milliardär aus Entenhausen besitzt fünf Fantastilliarden und neun Trillionen Goldtaler samt 16 Kreuzern, die er in einem Geldspeicher hortet. Seine tägliche Lieblingsbeschäftigung: im Geld baden. Leser der Comichefte in den frühen 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts fanden das lustig. Dabei war Onkel Dagobert nie ein skurriler, reicher Onkel, sondern schon immer ein skrupelloser, menschenverachtender Großkapitalist.

Interessanterweise hat der über hundert Jahre alte Dagobert mit den heutigen Milliardären einiges gemein: Er ist gierig, muss für seinen Lebensunterhalt nicht arbeiten – und hat keinen akademischen Titel. Laut dem Milliardärsreport 2014, den die Schweizer Großbank USB mit dem Datenanbieter Wealth-Management erstellt hat, haben 35 Prozent der 2.325 Milliardäre dieser Erde interessanterweise keinen Universitätsabschluss.

Im aktuellen internationalen Vergleich leben in Deutschland 123 Milliardäre, die zusammen 413 Milliarden Dollar besitzen. Der typische Milliardär von heute ist 63 Jahre alt, männlich, verheiratet und hat sein Geld in der Finanzbranche gemacht. Er besitzt 3,1 Milliarden Dollar und vier Anwesen in aller Welt, die jedes für sich etwa 23,5 Millionen Dollar wert sind. Frauen mit einem solchen Vermögen sind eher selten. Weltweit gibt es 286

Milliardärinnen. Die meisten haben ihr Vermögen geerbt. Eine Milliardärin ist jemand, deren Nettovermögen ungefähr der Summe entspricht, die nach einer Schätzung der UN für die Eindämmung der Ebola Krise benötigt wird.

### Der Superreichtum und die obszönen Folgen

Für Hans Jürgen Krysmanski ist die wachsende Zahl der Superreichen sowohl ein Indiz für das Wegbrechen staatlicher und demokratischer Kontrollen als auch dafür, dass das kapitalistische Privateigentum extrem wandlungsfähig ist. In seinem Buch wertet er für solche Analysen Studien, Rankings oder die internationale Presse aus. Außerdem zieht er die Reichtumsforschung anderer Länder hinzu oder referiert Literatur von Karl Marx bis Jean Ziegler. Diese Passagen sind erhellend, wenn auch mühsam zu lesen, weil ganze Seiten reine Zitat-Collagen sind, Kurse in Kapitalismus-Theorie inklusive. Wissenschaftlich nüchtern und spannend beschreibt der Autor dagegen die abstrakten und konkreten Voraussetzungen für den Superreichtum und deren obszöne Folgen. Er belegt so, dass sich das meiste Vermögen letztendlich in den Händen einer kleinen Geldelite befindet. Gleichgültig, auf welche Quelle er sich bezieht, ein Charakteristikum ist laut Krysmanski allen gemeinsam: „Das Vermögen ist auf dem ganzem Planeten versteckt.“

## Wer gehört zu den Superreichen?

Jeder der Menschen, um die es sich in dem Buch dreht, hat ein frei verfügbares Vermögen von mehr als 500 Millionen US-Dollar, abzüglich selbst genutzter Immobilien und der zum Lebensstil gehörenden Güter wie Autos oder Yachten. Diese Summe markiert die Grenze zwischen Reichen wie den Spitzenkräften des Investmentbankings, Topmanagern mit Millionengehältern oder Medienmogulen und den Superreichen wie Abramowitsch, den Aldi-Brüdern, Bill Gates oder der BMW-Familie Klatten. Diese Superreichen heißen "Ultra-High Networth Individuals".

Krysmanski analysiert wohlthuend sachlich, dass diese Geldelite die globale Politik und die Ökonomie still und leise massiv beeinflusst. Die „Ultra-High Network Individuals“ bestimmen über das Wohl und Wehe ganzer Staaten, indem sie riesige Spenden gewähren – oder vorenthalten. Oder indem sie gegen Währungen spekulieren, um den eigenen Reichtum zu mehren – dadurch aber, mit einem Klick, auch Regierungen destabilisieren können. Es könnte eine unheimliche Utopie sein, wäre der Zustand beispielsweise in Griechenland nicht längst Realität.

Dabei ist es unerheblich, wie die Milliardäre reich geworden sind: Internet, Spekulation, Erbe oder organisiertes Verbrechen – ihr Einfluss bleibt derselbe. „Die Datenlage ist diffus“, weiß der Autor, „das gehört zu dieser Schicht. Man stößt auch beim

Recherchieren auf Wände.“ Eine Wand besteht beispielsweise darin, „dass nach einer Untersuchung des seriösen ‚Tax Justice Network‘ die Reichen der Welt Finanzvermögen von 21 bis 32 Billionen Dollar in Steueroasen gebunkert haben. Das entspricht mehr als dem gesamten USA-Bruttoinlandsprodukt.“

## Richistan, ein Raum à la Cyberspace

„Das Land der Superreichen ist wie ein Raumschiff vollkommen abgehoben. Sie schweben quasi in einem den ganzen Erdball umspannenden, nicht euklidischen Raum“, erläutert Krysmanski im Gespräch. Mit dem Fremdwort weist er darauf hin, dass es „oberhalb bzw. neben der realen Welt mit seinen euklidischen Dimensionen einen Raum gibt à la Cyberspace, der anderen Gesetzmäßigkeiten unterliegt, inklusive ominöser Finanztransaktionen“. Deshalb vergleicht der Vater von zwei Söhnen, der auch Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac ist, die Superreichen gelegentlich mit Außerirdischen oder „Aliens“. Dieser kleine Schuss Polemik ist beim Lesen äußerst wohlthuend.

Die Schicht der Superreichen umfasst nur wenige tausend Personen und Familien und ist ein globales Phänomen. Sie leben in einer Region, die Krysmanski „Richistan“ nennt. „Die Bewohner von Richistan sind so superreich, dass unser Planet zerplatzen müsste, damit auch sie durch irgendeine Krise ernsthaft gefährdet würden oder gar abstürzten.“

Das reichste Prozent der Weltbevölkerung wird bald mehr als die Hälfte des weltweiten Vermögens besitzen. Über solche scheinbar harmlosen Sätze liest man schnell hinweg, weil es kaum möglich ist, die wirkliche Tragweite auch nur annähernd zu begreifen.

Krysmanski weiß, dass „diese Art von Privateigentum, das nicht mehr öffentlich zugänglich ist“ jenseits unserer Vorstellungskraft liegt. „Es ist in den Händen von Menschen, die penibel auf äußerste Privatheit achten. Wir wissen überhaupt nicht, was ein Mensch tut, der über so viel Geld verfügt. Dieser demokratisch nicht kontrollierbare, private Raum, wo ganze Wissenschaftszweige eingekauft werden – was meinen sie, was erst auf dem Kunstmarkt los ist – das ist das Interessante daran. Das klingt mystisch, aber man sollte an dem Punkt einfach nur neugierig sein und sich auf gar keinen Fall aufregen.“

## Wachsende soziale Ungleichheit

Die internationale Hilfsorganisation Oxfam, die erstmals am Weltwirtschaftsforum im Januar 2015 in Davos teilnahm, legte vorher eine bemerkenswerte Studie zur Verteilung der Besitztümer dieser Welt vor. Danach verfügt ein Prozent der Menschheit über die Hälfte des globalen Reichtums, während sich die übrigen 99 Prozent mit der anderen Hälfte begnügen müssen. Oxfam warnte auf dem planetarischen Jahrestreffen der Reichen, Mächtigen, Banker und Wissenschaftler vor der „schockierend schnell“ wachsenden sozialen Ungleichheit

und mahnte die Politik eindringlich zum Handeln. Genau diese 0,1 Prozent hat der Autor schon 2012 in seiner ersten Ausgabe beschrieben, die er als „experimentelles Buch, als Teil eines offenen Projekts“ versteht, weil die genauen Zahlen sowieso keiner kennt. Wohl gemerkt: Die teilweise variierenden Zahlen in dem Buch sind (wenn auch fundierte) Schätzwerte. Hundertprozentig genau kennt die Reichen und die Superreichen niemand, auch der Autor nicht.

„Eat the Rich“ heißt es doppeldeutig im Prolog des Buches. Schon 1999 ging der Autor der Frage nach, ob die Milliardäre dieser Welt überhaupt eine legitime Rolle spielen. Das Forschungsgebiet „Power Structure Research“ (Reichtumsforschung) gibt es in Deutschland interessanterweise bisher nur an der Universität Münster, obwohl allein die puren Fakten für das Verständnis der Machtstrukturen des Wirtschaftssystems ungemein erhellend sind. Aufschlussreich sind drei Grafiken (Seite 103-105), die beispielsweise verdeutlichen, wie groß die Macht der Konzerne im Vergleich zu den Staaten ist.

## Zunehmende Militarisierung

Es ist ein unheimliches Bild, das der Soziologe von der Geldelite zeichnet: Wie losgelöst vom Rest der Gesellschaft führen sie ein Leben zwischen den Kontinenten, sind mit ihren Yachten und Privatflugzeugen überall und nirgendwo zu Hause – und bleiben stets unter sich. Auf Luxusyachtenkreuzen sie die

Weltmeere, kaum fassbar und doch mit schier unbegrenztem ökonomischem und politischem Einfluss. „Abramowitsch hat seine Yachten mit Ex-Marines und mit Anti-Raketen-Basen militärisch ausgestattet“, weiß der Autor, „und es gibt U-Boote, mit denen man unbemerkt entfliehen kann, weil die viel in Piratengewässer fahren. Das finde ich putzig.“

Krysmanski bietet Milieuskizzen, u. a. über Waffenmärkte und Finanzmärkte, und beschäftigt sich mit Prozessen wie „Planetarisierung“, „Nomadisierung“ oder der schamlosen „Aneignung Europas“. Der Autor beschreibt aber auch, dass „die Geldelite sich verselbständigt. Sie beginnt auf eigene Faust mit Söldnerarmeen, privaten Polizei- und Geheimdiensten zu operieren. Exxon Mobile hat in Ghana und Nigeria mehr bewaffnete Soldaten, als die dortigen Staaten“. Der ehemalige Professor empfiehlt, anstatt sich zu empören, neugierig zu sein: „Ich sage immer zu meinen Studenten: Stellt euch vor, ihr hättet solche Möglichkeiten. Was würdet ihr tun? Was steckt in euch an Gutem und an Schlechtem? Man kann sich alle Wünsche erfüllen, auch die fürchterlichsten. Fragt euch beim Aufwachen: Was würde ich tun, wenn mir 10 Milliarden Dollar gehören würden?“ Die Antworten sind oft erhellend.

## Die Epoche des Kapitals geht zu Ende

Für Krysmanski geht die Epoche des Kapitals unwiederbringlich zu Ende. Der Abstand zwischen dem wohlhabendsten 0,1 % der Weltbevölkerung und den restlichen 99,9 % vergrößert sich

in rasantem Tempo. Klimawandel, Ressourcenprobleme und zunehmende, unumkehrbare Arbeitslosigkeit deuten für den Autor auf ein kommendes globales Szenario nackter Überlebenskämpfe. Für eine solche „Rette-sich-wer-kann-Welt“ glaubten sich die Geldeliten gut gerüstet. Vor diesem Hintergrund würden sich neuartige Klassenkonflikte entwickeln. „Wir alle werden letztlich nicht umhin kommen, an diesen Konflikten teilzunehmen.“

## Fazit

Das Buch erlaubt, die neuen auf der geopolitischen Weltbühne auftauchenden Akteure – gemeint sind milliardenschwere Technikgurus und „Philanthropen“, sich verselbständigende Geheimdienste, geldmächtige Warlords mit Krawatte und Gotteskrieger – in das globale Geschehen einzuordnen. Und damit wird auch die Frage plausibler, ab welchen Dimensionen Privateigentum an den Ressourcen und am Reichtum dieses Planeten nicht mehr akzeptabel ist. Insofern ist, wie ein Rezensent schreibt, das Buch im Begriff, ein Standardwerk zum Thema Superreichtum zu werden.

## Impressum

### Verlag/Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG

Wörthstraße 15-17

50668 Köln

Telefon 0221 / 97356-237

Telefax 0221 / 97356-479

### Redaktion:

Susanne Bauer (v. i. S. d. P.), [s.bauer@sozialbank.de](mailto:s.bauer@sozialbank.de)

Jörg Bärschneider

Hella Krauß, [h.krauss@sozialbank.de](mailto:h.krauss@sozialbank.de) (Gesundheit)

Maicke Mackerodt, [info@mackerodt.de](mailto:info@mackerodt.de) (Materialien)

Tobias Nickl (Büro Brüssel), [t.nickl@eufis.de](mailto:t.nickl@eufis.de) (Europa)

ISSN: 1869-7631 Erscheinungsweise: monatlich